

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Finanz- und Verwaltungsausschuss	29.03.2017	öffentlich - Beschluss

Sprach- und Integrationsmittlung SprInt

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

Anlagen:

Präsentation SprInt Wuppertal

Beschlussvorschlag:

Die Anlage mit dem Sachverhalt zu Sprach- und Integrationsmittlung SprInt wird zur Kenntnis genommen.

Es wird die Absicht begrüßt, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach ein gemeinsames Interessenbekundungsverfahren zur Gewinnung eines externen Partners für den Aufbau von Strukturen für eine professionelle Sprach- und Integrationsmittlung durch die Beteiligung am bundesweiten Netzwerk Sprach- und Integrationsmittlung (SprInt) durchzuführen.

Die Stadt Nürnberg wird hiermit von Seiten der Stadt Fürth legitimiert, dieses gemeinsame Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.

Sachverhalt:

Die Sprach- und Integrationsmittlung SprInt wurde durch die Diakonie Wuppertal entwickelt, ausgebaut und ab März 2016 von SprInt gemeinnützige eingetragene Genossenschaft mit allen Rechten/Patenten/Konzepten sowie der Bundeskoordination des Netzwerks übernommen.

Es besteht Interesse, das Sprach- und Integrationsmittlerdienstes SprInt im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit der Kommunen Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach als Dienstleistungsservice einzurichten. SprInt besteht aus einem Vermittlungsservice und einer SprInt-Ausbildung mit dem positiven Aspekt, dass sowohl eine Ausbildungs- und Qualifizierungschance für Migrantinnen und Migranten als auch eine Vermittlungsinstanz geschaffen wird. Zudem entstehen für die Ausbildung von Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler der Kommune keine Kosten. Für die Qualität der SprInt-Ausbildung spricht, dass die Abnahme der Abschlussprüfung/das Zertifikat durch verschiedene Hochschulen geschieht. Dabei besteht die Möglichkeit, die verschiedenen Ausbildungsmodule auf den Bildungscampus Nürnberg und die Volkshochschulen Erlangen, Fürth und Schwabach aufzuteilen.

Mehrere gemeinsame Besprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltungen haben gezeigt, dass ein Bedarf am Einsatz professioneller Sprach- und Integrationsmittler/-innen besteht. Dabei wird die Möglichkeit gesehen, dass sich ein solches Angebot finanziell tragen könnte, wenn es nicht nur den Kommunen sondern auch anderen potentiellen Bedarfsträgern wie Ärzten, Jobcenter, Sozialverbänden oder Vereinen im gesamten Großraum zur Verfügung stünde. Dies wird auch an anderen SprInt-Standorten so erfolgreich praktiziert.

Ein Gespräch am 8. Februar 2017 mit den Geschäftsleitungen der Agentur für Arbeit Fürth, des Jobcenters Fürth Stadt sowie der Volkshochschule Fürth ergab Folgendes.

- Jobcenter und Agentur für Arbeit sehen grundsätzlich die Möglichkeit einer Finanzierung der Ausbildung über Ausbildungsgutscheine – aber angesichts der konkurrierenden Maßnahmen und der Zielvorgabe (Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeit mit ausreichendem Einkommen) nur bei Verkürzung der Ausbildungszeit von 18 auf 12 Monate.
- Kritische Punkte waren die hohen Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung und, damit verbunden, der kleine Kreis an potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie das geringe Brutto-Einkommen.
- Die Volkshochschule wäre bereit, Module der Ausbildung zu übernehmen, soweit es keine Defizite verursacht.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Realisierung dieses SprInt-Angebotes wäre, dass sich der Träger der angestrebten Servicestelle um externe Projektmittel (beispielsweise AMIF) bemühen müsste. Bei geschätzten externen Fördermitteln in Höhe von 300.000 € für 3 Jahre und einzubringenden Eigenmitteln von 25 % sowie einem Anteil-Schlüssel 10 (Nürnberg) – 2 (Erlangen) – 2 (Fürth) – 1 (Schwabach) müsste Fürth einen Kofinanzierungsanteil von ca. 10.000 – 20.000 € für insgesamt 3 Jahre tragen.

Nach vorläufiger Kostenschätzung müsste seitens Fürth, bei einem Stundensatz von 40 € pro Einsatz einer Sprachmittlung, etwa 35 Stunden Dienstleistung in der Woche erbracht werden, sollte sich das Angebot tragen.

Nach der Umfrage des Integrationsbeirates vom Sommer 2016 hätten zahlreiche Einrichtungen Bedarf an Übersetzungshilfen. Ergänzend hierzu bleibt Folgendes zu berücksichtigen.

- Schulen wären interessiert, aber der hohe Verwaltungsaufwand zur Finanzierung steht dem entgegen.
- Das Klinikum Fürth hat einen arabischsprachigen Dolmetscher eingestellt – andere Sprachen werden z.B. über Reinigungs- oder Pflegepersonal abgedeckt – es wird auch eine Übersetzungshilfe-App über Internet genutzt.
- Die Migrationsberatung für Erwachsene MBE verfügt über einen kleinen Finanztopf. Ferner hätten unter anderem auch Einrichtungen wie JgA/Jugendhilfe oder Frauenhaus Finanzmittel zum Einsatz von Sprachmittlerinnen und -mittlern.

Für den Aufbau des SprInt-Integrations- und Sprachmittlerdienstes spricht ferner, dass die ehrenamtlichen Übersetzungshilfe-Strukturen unzureichend und konfliktträchtig sind. Diese Bedenken gründen sich auf Beobachtungen wie

- fachliche, zeitliche oder/und emotionale Überforderung der ehrenamtlichen Übersetzungshilfen,
- fehlender Einblick über die Qualität der Übersetzung.

Es werden auch vereinzelt Beschwerden über Personen laut, die ihre ehrenamtliche Tätigkeit für eigene (finanzielle oder persönliche) Interessen ausnutzen sollen.

Derzeitiger Sachstand in den drei anderen Kommunen:

- Nürnberg sieht Realisierungsmöglichkeit und will es angehen – zur Gewinnung eines externen Anbieters für eine regionale Servicestelle wurde in der Integrationskommission der Stadt Nürnberg einstimmig die Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens beschlossen. Parallel zu SprInt wird das Videodolmetscher-Angebot aus Wien aufgebaut;
- Erlangen sieht es etwas kritisch, will sich aber am Interessensbekundungsverfahren beteiligen.
- Schwabach will sich ebenfalls anschließen.

Trotz der vorhandenen Skepsis sollte die Zusicherung der Beteiligung an einem gemeinsamen Interessensbekundungsverfahren erst einmal als ersten Schritt positiv gesehen werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass sich ebenfalls Fürth an der Interessensbekundung beteiligt.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen	jährliche Folgekosten			
<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:				

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Bürgermeister- und Presseamt**

Fürth, 15.03.2017

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Bürgermeister- und Presseamt

